

Verbundkatalog Kalliope

Fünf politische Aufsätze

III. Ueber die Einstellung der Bevölkerung zum Entnazifizierungsgesetz und zu den Spruchkammern - III. About the ideology of the population concerning the De-Nazification law and the board of jurisdiction.

Bonsels, Waldemar

1946

Nutzungsbedingungen

Bei zahlreichen Dokumenten auf monacensia-digital.de sind die Urheberrechte bereits abgelaufen. Sie sind gemeinfrei und dürfen ohne weitere Rücksprache mit der Monacensia weiterverwendet werden. Bei den Dokumenten, bei denen noch Urheberrechte bestehen, müssen für eine Weiterverwendung stets die Rechteinhaber*innen angefragt werden sowie eine Publikationsgenehmigung der Monacensia eingeholt werden. Das Zitatrecht bleibt hiervon unberührt. Zur Erteilung einer Publikationserlaubnis wenden Sie sich bitte an:

Monacensia im Hildebrandhaus
Literaturarchiv
Adresse: Maria-Theresia-Straße 23, 81675 München
E-Mail: monacensia.literaturarchiv@muenchen.de

Waldemar-Bonsels-Stiftung
Adresse: Adlzreiterstraße 7, 80337 München
E-Mail: info@waldemar-bonsels-stiftung.de

Terms of use

The copyrights for numerous documents on monacensia-digital.de have already expired. They are in the public domain and may be reused without further consultation with Monacensia. In the case of documents for which copyrights still exist, the copyright holders must always be contacted for further use and publication permission must be obtained from the Monacensia. The right to quote under copyright law remains unaffected by this. To obtain permission for publication, please contact:

Monacensia Literary Archives:
Literaturarchiv
Address: Maria-Theresia-Straße 23, 81675 München
E-Mail: monacensia.literaturarchiv@muenchen.de

Waldemar-Bonsels-Stiftung
Address: Adlzreiterstraße 7, 80337 Munich, Germany
E-Mail: info@waldemar-bonsels-stiftung.de

Ueber die Einstellung der Bevölkerung zum Entnazifizierungs-
gesetz und zu den Spruchkammern.

von

Waldemar Bonsels

Es sei mir erlaubt, bevor ich diese nicht leichte Frage beantworte, ein allgemeines Wort über die Einstellung der Bevölkerung zur amerikanischen Besetzung und zur Militärregierung vorzuschicken. Es ist nicht unwichtig, diese Einstellung zu erwähnen, wenn deutlich werden soll, auf welcher Grundlage das Für und Wider der Bevölkerung beruht.

Von Einzelfällen abgesehen, die sich unvermeidlich mit der militärischen Besetzung eines Landes verbinden, ist die Einstellung der bayerischen Bevölkerung zu den Amerikanern wohlwollend, im Grunde herrscht Vertrauen, ja Anerkennung und Dank, besonders, wenn der Blick vom Osten her auf die Gebiete zurückführt, die die Amerikaner und nicht die Russen besetzt haben. Die Bayern achten die Amerikaner. Dass geklagt und geschimpft wird, hat mit der bewussten oder unbewussten tieferen Einstellung des Volks wenig zu tun. Dieses Fluchen und Raisonieren hängen mit dem bayerischen Volkscharakter zusammen, und sind selten böse gemeint und eine seiner Eigentümlichkeiten, die nur der missversteht, der die Bayern nicht kennt und nicht liebt.

So ist auch die wesentliche Einstellung des Volks zum Entnazifizierungsgesetz der Militärregierung und zu den Spruchkammern nicht ablehnend. Es ist erkennbar der Wille aller Wohlgesinnten, dass Volk und Land endgültig von jeder Einwirkung des Nazi-Regimes gesäubert werden möge, und selbst die Mitläufer oder Leichtbelaste-

ten haben den Wunsch nach Befreiung. Dieser Wunsch entspricht nicht allein politischen oder opportunistischen Gründen, sondern bei Vielen der Besten dem ehrlichen Bedürfnis, die zurückliegenden Irrtümer oder kleinen Vergehen endgültig von der Seele geschafft zu wissen. Es ist in diesen Zusammenhängen gleichgültig, ob der Einzelne sich schuldig erklärt oder nicht, er will nicht mehr als schuldig *g e l t e n* und begreift in diesem Sinn Gesetz und Urteil in vielen Fällen wie eine Befreiung. Ausnahmen sind selbstverständlich, um sie handelt es sich hier nicht. Zu sagen ist, dass das Gros der Bevölkerung so und nicht anders eingestellt ist und in diesem Sinn das Gesetz und die Spruchkammern ohne Groll gegen die Amerikaner hinnimmt.

Lässt man diese allgemeine Grundlage gelten, so erheben sich auf ihr eine Reihe von Gefahren, die beachtet sein wollen, da sie im Volksbewusstsein fortwirken. Diese Gefahren sind psychologischer Natur und ihre grösste beruht auf folgender Tatsache:

Das Gesetz selbst ist hart und einfach, es geht nach klaren, verständlichen Regeln und kann von der Militärregierung kaum anders verlangt werden. Wohl aber lässt es, wie jedes Gesetz, Raum für Ausführung und Handhabung. Hier wird eines zu wenig beachtet, dies ist die Unterscheidung der Beweggründe und der Gesinnung aus denen die Einzelnen, besonders anfänglich nach der Machtübernahme, der Partei beigetreten sind. Es wird nicht streng genug zwischen denen unterschieden, die unerfahren und gläubig dem Regime beitraten, von dem sie nur äussere Erscheinungsformen sahen, und deren Prinzipien und deren Folgen sie unmöglich ermessen konnten, und andererseits zwischen denen, die gesinnungslose Nutzniesser und Ausbeuter gewesen sind.

Die Ersteren waren also nicht nur ^{ihren} Ueberzeugung nach unschul-

dig, sondern sie sind es wirklich. Sie haben geirrt, aber ein Irrtum, dem Glauben und Hoffnung zugrunde gelegen haben, ist nicht strafbar im Sinne eines Verbrechens. Eine lautere Gesinnung, die sich als auf einem Irrtum beruhend herausstellt, kann nicht mit einer Geldbusse gesühnt werden, am wenigsten mit fünfzig Mark. Hier erhebt sich Widerspruch im Volk und er ist berechtigt, Widerspruch gegen die Spruchkammern und damit unbewusst gegen das Gesetz selbst. Es scheint sich für das Volk bei den Strafmassen um die gleichen Vergehen in verschiedenen Ausmassen zu handeln, und nicht um völlig verschiedene Menschen und um völlig verschiedene Einstellungen der Partei gegenüber.

Leute, die aus gläubiger Gesinnung und ohne Schuldbewusstsein der Partei beigetreten sind, müssten nach dem Empfinden des Volks frei gesprochen werden, und nicht durch eine lächerliche Zahlung in die Reihe der Verbrecher eingereiht werden. Selbst die mildeste Strafe löst jetzt in diesen Menschen das Gefühl aus, dass nicht ein Vergehen, sondern ein Glaube bestraft worden ist. Man kann für eine Tat büssen, aber nicht für einen Glauben. Der einfache Mann wünscht, dass seine Beweggründe, seine Motive geachtet werden und hat die Empfindung, dass nur die Tat aus niedriger Gesinnung strafbar ist. Fünfzig oder hundert Mark Geldstrafe bedeuten nach der heutigen Währung so gut wie nichts, ein Freispruch dagegen würde im gleichen Fall wirklich Freiheit, Dank und eine ehrliche Absicht zu neuer vernünftiger Tat mit sich bringen. Es würde das Vertrauen des Volks zur Militärregierung und zur Demokratie stärken.

Darüber hinaus wird durchaus gewünscht, dass alle gestraft werden, die ihre eigenen Landsleute angegeben und ausgebeutet, erniedrigt und entwürdigt haben. Hierin stimmt die Volksmeinung mit den Massnahmen der Militärregierung überein.-

Der Schreiber dieser Zeilen ist sich nun dessen voll bewusst, dass die Erfüllung dieser Forderung, das heisst ein Rechtsanspruch nach der Gesinnung, nicht leicht ist. Es genügte jedoch durchaus die Proklamation dieser Forderung als ein moralisches Gesetz bei der Handhabung der Spruchkammern, gewünscht und aufgestellt durch die Militärregierung, um das Vertrauen der Bevölkerung zu heben.-

Eine weitere Gefahr ist in folgender Tatsache beschlossen: Vor einigen Tagen veröffentlichte Herr Hermann Aumer einen Protest, und eine Kritik an den Spruchkammerurteilen in der "Neuen Zeitung". Herr Aumer ist der Betreuer der verfolgten und geschädigten Juden in Bayern und es sei zugegeben, dass er mit seiner Forderung im Recht ist. Diese Proklamation gehörte jedoch nicht in die Presse, sondern vor das Forum der Militärregierung. Herr Aumer stellte die Behauptung auf, die Geldbussen für die Mitläufer und Leichtbelasteten seien viel zu gering. Diese Forderung empfindet das Volk, im Zusammenhang mit dem vorher Gesagten, als ungerecht.

Der Forderung der Juden ist zuzustimmen, aber es will hier wohl bedacht sein, dass die Bevölkerung Bayerns im Grunde nicht antisemitisch eingestellt gewesen ist. Das Volk war durch die Partei zu dieser Einstellung gezwungen. Man hörte in Bayern zur Zeit des Nazi-Regimes mehr Worte des heimlichen Widerspruchs gegen die Regierung und des Mitleids mit den jüdischen Menschen als Herabwürdigungen. So verständlich und berechtigt die Forderung nun sein mag, die Herr Hermann Aumer aufgestellt hat, so war es doch nicht klug, sie durch die Zeitungen zu veröffentlichen. Es entsteht nun die Gefahr, dass die Menge künftig bei jedem höheren Strafbetrag der Spruchkammer den Druck eines jüdischen Einflusses vermutet, was zu bedauern wäre.

Nicht die Beraubung der Juden durch die Partei ist das

schlimmste der zurückliegenden Verbrechen gewesen, sondern die menschliche Entwürdigung, die den Juden angetan worden ist. Diese Entwürdigung ist im Bewusstsein des Volks nicht mit Geld gut zu machen, und sie ist es auch in Wahrheit nicht, sondern in erster Linie durch den Versuch, die besten Eigenschaften der Juden begreiflich zu machen und Verständnis für ihr menschliches Lebensrecht zu wecken. Die Propaganda der Nazis stellte das jüdische Volk als minderwertig und schlecht hin. Das jüdische Volk ist jedoch nicht besser oder schlechter, sondern *a n d e r s* als die europäischen westlichen oder arabischen Völker. Das Volk hat die Juden nicht beraubt und war aus eigener Initiative nicht willens, den Juden Leid zuzufügen. Selbstverständlich empfindet das Volk die Einzelnen, die sich an jüdischem Gut und Besitz bereichert haben, als schuldig.

Endlich wird von der Bevölkerung ein dritter Umstand so empfunden, als sei er nicht haltbar:

Die Urteile der Spruchkammern werden im Volksbewusstsein nicht als endgültig entscheidend aufgefasst. Ein Richtspruch und eine Sühne müssen dem Bestraften das Gefühl von gültiger und endgültiger Befreiung bringen. Das Vertrauen zu einer demokratischen Volkszugehörigkeit und der gläubige und mutige Weg in die Zukunft dürfen nach dem Urteilspruch nicht mehr durch die Befürchtung belastet sein, es könnte vielleicht nach Monaten oder Jahren noch ein unbedeutendes Vergehen aufgedeckt werden, das alle Mühe und allen Aufstieg wieder vernichten würde. So wie das Gesetz jetzt gehandhabt wird, lauert nach dem Urteilspruch in den dunklen Lebenswinkeln überall noch der Denunziant, und die Freigesprochenen fühlen sich noch heimlich in der Hand der Minderwertigen und Erbärmlichen oder der politischen Gegner. Dies verbreitet Unsicherheit und Misstrauen, es entsteht ein Druck, eine lähmende Depres-

Edle

sion oder eine Gleichgültigkeit, die entmutigt. Solche Demokratie ist nur auf der Grundlage von gegenseitiger Hilfe und gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Alle Unsicherheit führt in der heutigen politischen Situation leicht zu radikaler Einstellung der Zerstörung aus Verzweiflung, zum heimlichen Willen, lieber jeden Wohlstand und Fortschritt zu bekämpfen, als in einem halben Wohlstand und ungewissen Fortschritt zu vegetieren. Wohin dieser Weg endgültig führt, braucht nicht betont zu werden. Der Russe legt nur geringes Gewicht auf ehemalige Parteizugehörigkeit ohne Verbrechen, wenn der Erweis einer Fähigkeit zur Leistung vorliegt. Jedenfalls ist die Bevölkerung dieser Meinung. Es müsste entschlossen vermieden werden, dass sich eine Untergrundbewegung aus Verbitterten und Enttäuschten bildet. Hierüber ist im zweiten Aufsatz berichtet worden.

Der soeben bekannt gegebene Beschluss des Zonenbeirats in Hamburg, dass Jugendliche, die am 20. Januar 1933 das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten, als politisch nicht belastet erklärt werden sollen, ist eine Verfügung, die mit grosser Zustimmung aufgenommen werden wird. Sie kommt dem Rechtsgefühl der demokratisch gesinnten Bevölkerung entgegen. -

Es ergibt sich aus diesen Argumenten und einigen unbedeutenden Widersprüchen im Gesetz selbst, im Grossen-Ganzen folgende Einstellung der Bevölkerung zum Entnazifizierungsgesetz und seiner Handhabung:

Es werden unter den Leichtbelasteten oder Mitläufern zu viele gute brauchbare und arbeitswillige Elemente aus dem Gebiet ihrer Kenntnisse und ihrer Leistungen in eine untergeordnete Arbeit gedrängt. An ihrer Stelle treten Dilettanten und ungeübte Kräfte. Dies wird von der Bevölkerung als ein sozialer und wirtschaftli-

cher Schaden empfunden.

Es haben sich viele redliche Männer nicht aus politischer Ueberzeugung in die Partei aufnehmen lassen, sondern weil sie arbeiten wollten. Diese Männer sind im Ablauf der zurückliegenden Zeit ihrer Arbeit treu geblieben, nicht aber der Partei.- Mit der letzten Rede des amerikanischen Aussenministers Byrnes in Paris und seiner Planung hat sich eine grosse Welle von Zustimmung und Vertrauen im deutschen Volke erhoben. Es wäre eine Enttäuschung, wenn durch das Entnazifizierungsgesetz eine grosse Anzahl von Männern ausgeschaltet würde, an der Hoffnung teilzunehmen, die mit Aussenminister Byrnes Plänen im deutschen Volke erweckt worden sind.

III

About the ideology of the population
concerning the De-Nazification law and the
board of jurisdiction.

By
Waldemar Bonsels.

It may be granted to me, to begin with a few general words about the ideology of the population to the American occupation and to Military Government, before answering this - not to easy - question. It is not unimportant to mention that this ideology, made on the foundation of the pro- and contra, shall be pointed out distinctly.

Disregarding single cases, that are unavoidably connected with the Military Occupation of a country, the ideology of the Bavarian population towards the Americans is benevolent, fundamentally faithful, even with appreciation and gratefulness, especially when the view comes back from the Eastern districts, that occupied by the Russians and not the Americans. The Bavarian respect the Americans. The growling and scolding has hardly anything to do with the conscious or unconscious profound ideology of the people. This cursing and finding fault is connected with the Bavarian character of the people and seldom has an evil meaning, being one of it's peculiarities, misunderstood only by those, who neither know nor love the Bavarians.

Therefore the principal attitude of the population to the De-Nazification law of Military Government and to the board of jurisdiction is not reflective. It is noticeably the wish of all benevolent people, that land and people may be cleared definitely from every influence of the Nazi-regime and that even the followers wish liberation. This wish does not only correspond to the political or opportunistic reasons, but with a great number of the best ones, from the honest requirement to have their soul definitely delivered from the past errors or small violations. In these connections it is indifferent, if the single person declares himself guilty or not, he does not want to remain considered guilty and understands in this sense, law and judgment. In numerous cases as liberation. There are evidently exceptions, but these are not

the point. It is to be mentioned, that the majority of the population has this attitude and no other one and accepts the law and the board of jurisdiction without grudge against the Americans.

In letting pass these general foundations, there is a risk of danger arising from them. They should be noticed, because they keep working in the minds of the people. These dangers are of a psychological nature and their greatest one, basing on following facts:

The law in itself is hard and simple, it follows clear and mental regulations and can hardly be expected differently from Military Government. However it leaves a space - as each law - for execution and management. Here is not enough attention paid to one incident, i.e. the distinction of the motives and conviction, that were the cause for some individuals to join the party, especially in the beginning. There is one thing not considered enough, i.e. that the distinction should be made between those who joined the regime without experience and faithfully, seeing only outward appearances, absolutely not being able to judge their principles and consequences and on the other hand between those, who have been usufructuaries and profiteers.

The first ones are not only guiltless on account of their own conviction, but they are really guiltless. They have been mistaken, but a mistake, basing on belief and hope is not to be punished in the meaning of a crime. A pure conviction, that proves to have been a mistake, cannot be fined for, least of all with fifty Marks. There is an opposition arising from this in the minds of the people, that^{it} is entitled to. It seems to the people, as if it were the point, that the same offense, only at different measures was being punished, not however concerning quite different persons and entirely different attitudes towards the party.

People, who joined the party with a faithful mind and without consciousness of any guilt, should be absolved according to the people's feeling, but they should not be enlisted into the lines of the criminals. Even the mildest punishment, now, gives those people the impression as if a belief has been punished instead of an offense. It is possible to atone for a deed but not for a belief. The ordinary man wishes to have his motives honored and has the impression, as if the deed arising from a low mind only, ought to be punished.

To be fined for fifty or one hundred Mark does not mean anything at the present state of currency, whereas an absolution really would lead to freedom, thank and a honest intention for new, sensible work. It would strengthen the confidence of the people to Military Government and to democracy.

Beyond this, it is expected, that everybody should be punished, who has denounced and profited by their own compatriots, who has humbled and disgraced them. In this point, the opinion of the people is identic with that of Military Government.

The writer of these lines is fully aware of the fact that the accomplishment of this demand, i.e. a legal decision according to the conviction, would not be easy. However the proclamation of this demand would be quite sufficient as a moral law in the management of the boards of jurisdiction, wanted and drawn up by Military Government, to raise the confidence of the population.

A further danger is included in the following fact. A few days ago Mr. Hermann Aumer published a protest and critic of the judgment of the board of jurisdiction in the "Neue Zeitung". Mr. Aumer is the manager of the persecuted and injured jews in Bavaria and it may be admitted, that he is right with his demand. This proclamation however, should not have been put into the newspapers, but it should have been brought to the knowledge of the forum of Military Government only. Mr. Aumer maintained, that the finement for the followers and the slightly charged persons, was much to low. The people have the feeling that this demand is unjust in connection with the above statement.

It could be agreed to this demand of the jews, but herewith it must be well remembered, that the population of Bavaria was not antesemitic in their minds. The people were forced to this conviction by the party. There were more words of secret contradiction against the government and pity with the jewish people to be heard, than degradation. As intelligible and right this demand of Mr. Aumer may be, it was not clever to have it published in the newspapers. There is a danger however, that the people presume the pressure of a jewish influence at each higher finement of the board of jurisdiction, which should be regretted.

It is not the deprivation of the jews through the party, the worst of all the past crimes, but the human degradation, that has been done to the jews. This degradation cannot be compensated with money in the minds of the people and as a matter of fact, it cannot in reality, but at first by the attempt, to make the

best qualities for the jews comprehensible and to waken the understanding for the human right of living. The Nazi propaganda demonstrated the jewish people as inferior and bad. The jewish people are neither better nor worse, only different from other European Western and Arabian people. The people have not robbed the jews and were not willing from their own initiative to injure the jews. Naturally the people think the individuals who have enriched themselves from jewish property, as guilty.

Finally the population looks upon a third circumstance as unbearable:

The judgments of the boards of jurisdiction are not accepted as definitely decisive. A legal decision and an atonement should give the punished people the feeling of legal and final liberation. The confidence to a democratic membership of the nation and the faithful and courageous way into the future should not be charged with the anguish that it might be disclosed as an unimportant offense months or years later, destroying again all pain and all rise. As the law is being handled at present, there is the chance for denunciations to lie on the watch and the liberated persons still feel themselves secretly in hands of the inferior ones and of the scum of the earth, or of the political opponents. This spreads insecurity and distrust, a pressure developed, a paralyzing depression or an indolence, that discourages. True democracy is only to be built up on mutual assistance and mutual confidence. In the present political situation every uncertainty leads to destruction, basing on despair with the secret idea of rather fighting every comfort and progress, than vegetating in half-comfort and uncertain progress. Whereto this way will lead, must not be mentioned especially. The Russian only lays little stress on former party membership without crime, if the capability for efficiency is given. At least, the population is of this opinion. It should be prevented with determination, that an underground resistance of embittered and disappointed persons is able to be formed. This has been reported in the second essay.

The just published resolution of the Zone of Hamburg, that juveniles who were not yet 19 years of age on 20 January 1933 should be declared as politically uncharged, is a decree, that can be accepted with great consent. It develops from the feeling of justice of the democratic thinking people.

From these arguments and some unimportant contradictions in the law itself, the following opinion of the population towards the De-nazification law is formed.

There are among the slightly charged persons and followers too many useful persons and such, willing to work, who are forced from the level of their knowledges and capabilities into a minor position, dilettants and unskilled workers take their places. This is being looked upon by the population as a social and economical harm.

There were many righteous men, who joined the party not from political conviction, but because they wanted to work. These men have remained faithful to their work, not however to the party. As consequence of the last speech of the American foreign minister Byrnes in Paris and his planning, a big wave of consent and faith has overcome the German people. It would be a disappointment, if by the De-nazification law a great number of men would be eliminated to participate at the expectation, that was aroused in the German people by the plans of foreign minister Byrnes.
